Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle, nehmen zu jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 1spaltige Millimeterzeile (46 mm breit) 7 Rpfg., die 2spaltige Millimeterzeile der amtlichen Bekanntmachungen bei direkter Auftragserteilung 11 Rpfg. ohne Nachlaß, die 3spaltige Textmillimeterzeile (90 mm breit) 20 Rpfg., Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. Vorgeschriebene Erscheinungstage u. Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 37 — 93. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 13. Februar 1934

Neuer Schlag gegen Memelland.

Im Januar d. J. hatte sich der litauische Gesandte in Berlin noch heftig über Gerüchte beschwert, die anläßlich der Wiederkehr des Tages, als die Litauer in das Memelgebiet einbrachen, von einem dort bevorstehenden Putsch sprachen. Gewiß ist es nicht zu einer derartig offenen Gewalttat gegen das nur noch dem Namen nach autonome Memelgebiet gekommen, wohl aber ist nun von Kowno aus dort etwas inszeniert worden, was man ohne weiteres als einen „kalten Putsch" bezeichnen darf. Die litauische Regierung hat nämlich eine Reihe von Gesetzen erlassen, die formell für den ganzen litauischen Staat, also auch für das autonome Memelgebiet gelten, tatsächlich aber doch nur in letzterem Anwendung finden werden; das ganze Gesetz macht das ohne weiteres deutlich! Und dieses Gesetz hat vor allem die Eigenschaft, daß gegenüber seinen Bestimmungen der Kautschuk noch als eine starre Masse bezeichnet werden kann! Da wird z. B. eine „Sabotage" des litauischen Staates und Volkes durch In- und Ausländer unter außerordentlich hohe Strafen gestellt. Ins Gefängnis hat zu wandern, wer die „staatliche Zuverlässigkeit der litauischen Staatsangehörigen, ihre Einigkeit oder ihr Nationalbewußtsein einschläfert oder schwächt!" Das alles bezieht sich, was immer wieder betont werden muß, ausdrücklich auch auf „das autonome Gebiet Litauens", also auf das Memelgebiet. Falls ein Beamter sich solcher „Verbrechen" schuldig macht, verfällt er sogar der Zuchthausstrafe. Noch deutlicher wird der Zweck dieser Gesetzgebung, wenn denjenigen litauischen Staatsangehörigen ebenfalls Zuchthausstrafe droht, die mit ausländischen Stellen oder Organisationen „Beziehungen" unterhalten, durch die „die staatliche Zuverlässigkeit in Frage gestellt" wird. Und dieselbe Strafe wird über jene Staatsangehörige Litauens verhängt, die einer ausländischen Organisation angehören, „deren Tätigkeit nicht im Einklang mit den Interessen Litauens steht!"

Ähnliche Kautschukparagraphen dienen dem Zweck, die oppositionelle deutsche Presse im Memelgebiet auf „legalem" Wege abzuwürgen. Außerordentlich hohe Geldstrafen nämlich drohen allen den Zeitungen, die auch nur teilweise mit materieller Unterstützung des Auslandes herausgegeben werden. Noch höher werden die Geldstrafen, wenn in der Presse Veröffentlichungen erscheinen, die „den Interessen des Staates oder des litauischen Volkes" entgegenstehen; ebenso verschärft sind im übrigen auch die Strafen für die Zugehörigkeit zu irgendwelchen Organisationen, und schwer bestraft wird — nun kommt die gefährliche Groteske — wer im Besitz fremder Abzeichen oder gar fremder Verdienstorden ist!

Das alles ist nur ein Ausschnitt aus diesem Gesetz, das ein ganz großer Schritt auf dem Wege zur völligen Einverleibung des Memelgebietes in Litauen darstellt und sein will. Denn bei der Strafverfolgung hinsichtlich irgendwelcher Verstöße gegen dieses neue litauische Gesetz „zum Schutz von Volk und Staat!" ist die autonome Rechtspflege des Memelgebietes völlig ausgeschaltet. Alles ist nach Kowno verlegt worden, und man kümmert sich dort jetzt noch weniger als früher darum, daß das Memelabkommen vom März 1924 diesem Gebiet gerade in der Rechtspflege eine völlige Selbstverwaltung zuerkannt hatte. Das jenes Memelabkommen von England, Frankreich, Italien und — Japan feierlich garantiert worden ist, hat man sicherlich auch in Genf schon längst „vergessen". Die Tausende von Reichsdeutschen, die auch heute noch im Memelgebiet leben und arbeiten, jagt man hinaus und verbietet im übrigen unter hoher Zuchthausstrafe, überhaupt allen Ausländern jede politische Tätigkeit in Litauen und im Memelgebiet selbst. Selbstverständlich schritt Kowno sofort nach Herausgabe des Gesetzes zu zahlreichen Verhaftungen.

Das alles war natürlich nicht erst von gestern auf heute beschlossen und durchgeführt, sondern schon seit längerer Zeit geplant. Jetzt, da die Welt von Kriegsgerüchten widerhallt, da der Völkerbund sozusagen auf Eis gelegt ist, hielt man in Kowno die Stunde für gekommen, den entscheidenden Schlag gegen die Reste der memelländischen Selbstverwaltung zu führen. Die Eroberung dieses Gebietes war ein schweres Verbrechen gegen das Völkerrecht, — und dieses Verbrechen war der Anfang zu einer langen Kette ähnlicher Verstöße gegen die sich das Deutschtum im Memelgebiet mit verzweifelter Kraft, aber bisher meist vergeblich, gewehrt hat.

Wenn das deutsche Volk hinter sich Jahrtausende eines wechselvollen Schicksals kennt, so kann es nicht der Vorsehung Wille sein, daß vor uns gekämpft und geopfert wurde, damit kommende Geschlechter selbst ihr Leben verderben und nicht mehr eingehen können in die Jahrtausende der Zukunft. Das Ringen der Vergangenheit wäre zwecklos gewesen, wenn unser Ringen um die Zukunft aufgegeben würde.

Adolf Hitler.

Oesterreich im Zeichen des Bürgerkrieges

Erbitterte Straßenkämpfe in Wien und Linz. Artillerie in Stellung. 37 Tote in der Steiermark.

Schweres Feuergefecht um das Linzer Sozialistenhaus.

Vor dem sozialistischen Parteihaus waren zwei Alpenjägerkompagnien mit Maschinengewehren eingesetzt worden, die aus Dachböden und Luken heraus das Haus beschossen und den verschanzten Sozialdemokraten mit Handgranaten zu Leibe rückten.

Im Parteihaus wurden vier Polizeibeamte von den Sozialdemokraten als Geiseln gefangengehalten.

Über den weiteren Verlauf des Kampfes berichtet eine amtliche Mitteilung:

Unter Heranziehung von Heeresabteilungen wurde das Gebäude im Kampfe genommen, wobei ein Bundeswachbeamter getötet, mehrere Wachbeamte und Wehrmänner verletzt wurden. Die im Gebäude befindlichen Gewalttäter wurden abgeführt und den Gerichten übergeben. Auch an mehreren anderen Stellen in Linz gingen Schutzbundabteilungen mit bewaffneter Gewalt vor. Über Linz wurde das Standrecht verhängt.

Zahlreiche Todesopfer in Linz.

Nach heftigem Kampf hat das Militär das sozialdemokratische Parteihaus, das Hotel „Schiff", im Sturm genommen. Zunächst wurden 15 Tote festgestellt.

In der Umgebung von Linz ist es gleichfalls zu größeren sozialistischen Demonstrationen gekommen; die Polizei sah sich gezwungen, militärische Hilfe anzufordern.

Blutige Straßenkämpfe.

Der Kampf mit den sozialistischen Schutzbündlern in Linz nahm immer größere Ausdehnung an. In verschiedenen Stadtteilen kam es zu heftigen Straßenkämpfen.

Eine Polizeiwache im Inneren der Stadt wurde von den roten Schutzbündlern mit Maschinengewehren überfallen, jedoch nach längerem Kampf von Heimwehr und Polizisten wieder zurückgenommen. Ferner fand ein Feuergefecht auf dem oberhalb der Stadt gelegenen Freien Berge statt, wo sich die die Sozialdemokraten im Laufe der Nacht verschanzt hatten.

Das Wiener Rathaus besetzt.

Im Kriegsministerium in Wien trat ein außerordentlicher Ministerrat unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers zusammen, von dem man entscheidende Beschlüsse erwartet. Man erwartet allgemein, daß die Regierung jetzt zum Verbot oder zur Auflösung der Sozialdemokratischen Partei schreitet, das Wiener Rathaus besetzt und damit die Zentralstelle der Sozialdemokratischen Partei in Österreich aufheben wird.

Das Wiener Rathaus ist von einem größeren Aufgebot von Truppen, Polizei und Gendarmerie besetzt worden, ohne daß von sozialistischer Seite ernsthaft Widerstand geleistet wurde. Hierbei ist eine Reihe von sozialdemokratischen Beamten, die nach einer amtlichen Erklärung in offenkundigem Zusammenhang mit den gegenwärtigen Gewalttätigkeiten standen, verhaftet worden. Ebenso ist der Vizebürgermeister der Stadt Wien, Emmerling, der Leiter der gesamten städtischen Betriebe, verhaftet worden.

Die Stadt biet einen durchaus kriegerischen Eindruck. Die großen Straßenzüge sind mit spanischen Reitern versperrt. Überall patrouilliert Militär und Polizei mit aufgepflanztem Seitengewehr. Aus der Provinz treffen keinerlei Meldungen ein, da der lokale Telephonverkehr vollständig gesperrt ist. Am Polizeipräsidium wurden Maschinengewehre in Stellung gebracht. Die Wache des besetzten sozialdemokratischen Parteihauses wurde am Nachmittag weiter verstärkt und gleichfalls mit Maschinengewehren ausgerüstet. Dagegen sind die marxistischen Arbeiterheime in den verschiedenen Bezirken bisher nicht besetzt worden. Die Marxisten haben

sich in den Heimen verbarrikadiert.

Wie verlautet, sind Betriebsräte großer Industriewerke verhaftet worden. Nach einigen sozialdemokratischen Nationalräten wird gesucht.

In den Abendstunden haben die Unruhen in den Wiener Arbeiterbezirken wieder erheblich zugenommen. Stärkere Schießereien sind in den Bezirken Ottakring, Simmering und in Dornbach im Gange.

Polizei und Truppen sollen bisher nicht stark genug sein, um dem

stündlich zunehmenden Widerstand der bewaffneten Sozialdemokraten

gewachsen zu sein. Erhebliche Truppenverstärkungen sind infolgedessen in die Vororte entsandt worden. Das Stadtinnere ist vollständig in Dunkel gehüllt. Brot und Gebäck wurde in den Kleinverkaufsstellen nicht verkauft, da der Strom zum Backen fehlte.

Die Unruhen in der Provinz.

Nach Berichten aus Graz liegt auch dort die Hauptstadt im Dunkel. In einem Grazer Arbeiterviertel haben Schutzbündler eine Wachstube erstürmt und sich dort verschanzt. Sie werden gegenwärtig von Polizei und Militär belagert. Bei Kämpfen in Eggenberg sind nach den bisher vorliegenden Berichten drei Personen getötet und 14 schwer verletzt worden. Auch der Kampf in Bruck an der Mur gestaltet sich sehr blutig und dauert noch an. Auch aus Leoben und dem ganzen obersteierischen Industriegebiet werden Zusammenstöße gemeldet, bei denen auch Militär eingreifen mußte. — Über Niederösterreich ist nunmehr das Standrecht verhängt worden.

In Linz Artillerie eingesetzt.

Der Sicherheitsdirektor von Oberösterreich erläßt eine amtliche Mitteilung, nach der bei dem Sturm auf das Parteihaus in Linz 40 Personen gefangen genommen und Maschinengewehre sowie Sprengkörper beschlagnahmt wurden. Die sozialdemokratische Besatzung des Parkbades ergab sich auf die

Drohung der Einsetzung von Artillerie

hin. Ein rasch aufflackernder Widerstand an verschiedenen Stellen wurde mit Gewalt gebrochen. Gegen eine Schule, die zurzeit noch von Sozialdemokraten besetzt ist, ist eine größere Aktion im Gange, bei der Artillerie eingesetzt worden ist. Trotz der starken Ausbreitung der Bewegung ist Militär und Polizei nach wie vor Herr der Lage. Die Lage in Linz wird aber noch nicht als endgültig geklärt beurteilt. In Steyr ist es gleichfalls zu heftigen Zusammenstößen zwischen Schutzbündlern und der Polizei gekommen.

Standrecht auch in Kärnten und Steiermark.

In Kärnten, wo bisher vollkommene Ruhe herrscht, sowie in Steiermark wurde ebenfalls das Standrecht verhängt. In Graz wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt. Die Abendvorstellung des Grazer Stadttheaters und eine Sitzung des Gemeinderats wurden abgesagt. — An sämtlichen Volks-, Haupt- und Mittelschulen des Bundesgebietes wird der Unterricht ausfallen.

Der Bundesführer des Heimatschutzbundes, Starhemberg, hat das Aufgebot des gesamten österreichischen Heimatschutzes angeordnet.

Auflösung der Sozialdemokratischen Partei in Österreich.

Auflösung des Wiener Landtages.

Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, hat die Regierung die Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und die Auflösung des Wiener Landtages und des Gemeinderates bereits beschlossen. Zum Regierungskommissar für Wien wurde Minister Schmitz ernannt. Auf dem Wiener Rathaus weht neben den Bundesfahnen die grünweiße Fahne der Heimwehr.

Die verhafteten führenden Sozialdemokraten.

Maschinengewehre in der Anker-Brotfabrik.

Von den bekannten sozialdemokratischen Führern sind unter anderem in Haft: Bundesrat General Körner, der militärische Sachverständige des marxistischen republikanischen Schutzbundes; die Gewerkschaftsführer und Nationalratsabgeordneten Forstner und Weigl, letzterer gleichzeitig Präsident der Wiener Arbeiterkammer; ferner der Präsident des Wiener Landtages und Nationalratsabgeordnete Dr. Danneberg, der Bundesrat und Sekretär der sozialdemokratischen Fraktion im Nationalrat, Hofrat Schärf, der Nationalratsabgeordnete Paul Richter, der Landesrat von Niederösterreich, Schneidmald und der Bezirksvorsteher des 7. Gemeindebezirks von Wien, Eisig Maurer. Der Bürgermeister von Wien, Seitz, selbst, von dem Gerüchte umgingen, er sei durch Polizei zum Verhör

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF